

Az.: 3 C 90/21



SÄCHSISCHES OBERVERWALTUNGSGERICHT

Im Namen des Volkes

Teilurteil

In der Verwaltungsrechtssache

der Frau Julia Neigel

[REDACTED]

- Antragstellerin -

prozessbevollmächtigt:

Zeller & Seyfert

Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB

[REDACTED]

Rechtsanwalt Marcel Templin

[REDACTED]

Rechtsanwalt Kiril Stawrew

[REDACTED]

gegen

den Freistaat Sachsen

vertreten durch das Sächsische Staatsministerium

für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Albertstraße 10, 01097 Dresden

- Antragsgegner -

prozessbevollmächtigt:

[REDACTED]

wegen

Unwirksamkeit der SächsCoronaSchVO vom 5. November 2021 und der Sächs-CoronaNotVO vom 19. November 2021
hier: Normenkontrolle

hat der 3. Senat des Sächsischen Oberverwaltungsgerichts durch den Vorsitzenden Richter am Oberverwaltungsgericht [REDACTED], den Richter am Oberverwaltungsgericht [REDACTED] die Richterin am Oberverwaltungsgericht [REDACTED] die Richterin am Oberverwaltungsgericht [REDACTED] und die Richterin am Oberverwaltungsgericht [REDACTED] aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 8. Februar 2024

am 14. Februar 2024

für Recht erkannt:

Der Antrag, festzustellen, dass § 11 Abs. 2 Nr. 3, § 12 und § 21a Abs. 7 der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Regelung von Notfallmaßnahmen zur Brechung der vierten Coronavirus SARS-CoV-2-Welle (Sächsische Corona-Notfall-Verordnung - SächsCoronaNotVO) vom 19. November 2021 in der Fassung vom 2. Februar 2022 unwirksam waren, wird abgelehnt.

Die Kostenentscheidung bleibt dem Schlussurteil vorbehalten.

Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand

- 1 Die Antragstellerin verfolgt mit ihrem am 24. November 2021 bei Gericht eingegangenen Anträgen gemäß § 47 Abs. 1 VwGO das Ziel, die Unwirksamkeit von § 6a Abs. 2, § 8 Abs. 1 Satz 2 und § 10 Abs. 4 Satz 1 der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zum Schutz vor dem Corona-Virus SARS-CoV-2 und COVID-19 (Sächsische Corona-Schutz-Verordnung - SächsCoronaSchVO) vom 5. November 2021 (SächsGVBl. S. 1232) nachträglich festzustellen. Die Sächsische Corona-Schutz-Verordnung vom 5. November 2021 hatte - soweit hier streitgegenständlich - nachfolgenden Wortlaut:

„§ 1

Allgemeine Regelungen und Begriffsbestimmungen

- (1) Die Öffnung, Inanspruchnahme und der Betrieb von Geschäften, Einrichtungen, Unternehmen, Veranstaltungen und sonstigen Angeboten ist unter Beachtung der nachfolgenden Vorschriften gestattet.
(...)

§ 2

Indikatoren, Vorwarnstufe und Überlastungsstufe

- (1) Für die Anordnung von Schutzmaßnahmen gelten folgende Indikatoren:
1. die Anzahl der in Bezug auf die Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) in ein Krankenhaus aufgenommenen Personen je 100 000 Einwohner innerhalb von sieben Tagen im Freistaat Sachsen (7-Tage-Inzidenz Hospitalisierungen),
 2. die Anzahl der Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 je 100 000 Einwohner innerhalb von sieben Tagen im jeweiligen Landkreis oder der jeweiligen Kreisfreien Stadt (Sieben-Tage-Inzidenz),
 3. die Anzahl der belegten Krankenhausbetten der Normalstationen mit an COVID-19-Erkrankten im Freistaat Sachsen (Belastungswert Normalstation),
 4. die Anzahl der belegten Krankenhausbetten der Intensivstationen mit an COVID-19-Erkrankten im Freistaat Sachsen (Belastungswert Intensivstation).
- (2) Maßgeblich sind für
1. die 7-Tage-Inzidenz Hospitalisierungen die unter www.rki.de/covid-19-trends durch das Robert Koch-Institut im Internet veröffentlichten Zahlen,
 2. die Sieben-Tage-Inzidenz die unter <https://www.rki.de/inzidenzen> durch das Robert Koch-Institut im Internet veröffentlichten Zahlen,
 3. den Belastungswert Normalstation und den Belastungswert Intensivstation die unter <https://www.coronavirus.sachsen.de/infektionsfaelle-in-sachsen-4151.html> veröffentlichten Werte.

Der Landkreis oder die Kreisfreie Stadt gibt unverzüglich nach der Veröffentlichung nach Nummer 2 den Tag bekannt, ab dem die jeweiligen Schutzmaßnahmen nach den §§ 6, 7 und 10 Absatz 3 gelten.

(3) Wird ein für die Sieben-Tage-Inzidenz maßgeblicher Schwellenwert an fünf aufeinander folgenden Tagen erreicht oder überschritten, treten die nach dieser Verordnung vorgesehenen Rechtsfolgen ab dem übernächsten Tag in Kraft. Wird der maßgebliche Schwellenwert an fünf aufeinander folgenden Tagen unterschritten, treten die nach dieser Verordnung vorgesehenen Rechtsfolgen ab dem übernächsten Tag in Kraft.

- (4) Die Vorwarnstufe gilt ab dem übernächsten Tag, wenn der Schwellenwert für
1. die 7-Tage-Inzidenz Hospitalisierungen von 7,00 sowie für den Belastungswert Normalstation von 650 oder den Belastungswert Intensivstation von 180 oder

2. den Belastungswert Normalstation von 650 oder den Belastungswert Intensivstation von 180

an drei aufeinanderfolgenden Tagen erreicht oder überschritten wird. Wird der Schwellenwert für

1. die 7-Tage-Inzidenz Hospitalisierungen von 7,00 und der Belastungswert Normalstation von 650 sowie der Belastungswert Intensivstation von 180 oder
2. für den Belastungswert Normalstation von 650 und den Belastungswert Intensivstation von 180

an drei aufeinanderfolgenden Tagen unterschritten, gilt die Vorwarnstufe ab dem übernächsten Tag nicht mehr.

(5) Die Überlastungsstufe gilt ab dem übernächsten Tag, wenn der Schwellenwert für

1. die 7-Tage-Inzidenz Hospitalisierungen von 12,00 sowie für den Belastungswert Normalstation von 1 300 oder den Belastungswert Intensivstation von 420 oder
2. den Belastungswert Normalstation von 1 300 oder den Belastungswert Intensivstation von 420

an drei aufeinanderfolgenden Tagen erreicht oder überschritten wird. Wird der Schwellenwert für

1. die 7-Tage-Inzidenz Hospitalisierungen von 12,00 und der Belastungswert Normalstation von 1 300 sowie der Belastungswert Intensivstation von 420 oder
2. den Belastungswert Normalstation von 1 300 und den Belastungswert Intensivstation von 420

an drei aufeinanderfolgenden Tagen unterschritten, gilt die Überlastungsstufe ab dem übernächsten Tag nicht mehr.

(6) Die tagesaktuelle Belegung der Krankenhausbetten mit an COVID-19-Erkrankten gemäß Absatz 1 Nummer 3 und 4 melden die zugelassenen Krankenhäuser im Freistaat Sachsen jeweils über die im Rahmen der SARS-CoV-2-Pandemie eingerichteten sächsischen Dashboards an die oberste Landesgesundheitsbehörde.

(7) Die oberste Landesgesundheitsbehörde gibt das Erreichen, das Über- oder Unterschreiten der Werte nach Absatz 3 bis 5 bekannt. (...)

§ 6a

Angebote ausschließlich für Geimpfte und Genesene (2G-Optionsmodell)

(1) Bei der Öffnung, Inanspruchnahme und dem Betrieb von Einrichtungen, Veranstaltungen und sonstigen Angeboten im Sinne von § 7 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, 2 und 4 bis 9 sowie Kunst-, Musik- und Tanzschulen im Innenbereich nach Nummer 11 und Großveranstaltungen nach § 10 besteht keine Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes, zur Kontakterfassung und zur Einhaltung des Abstandsgebotes sowie keine Beschränkung hinsichtlich der Auslastung der Höchstkapazität, wenn gewährleistet ist, dass bei dem Betrieb, der Veranstaltung oder dem Angebot ausschließlich Personen anwesend sind, die einen Impf- oder Genesenennachweis beim Zutritt zur Kontrolle durch den Betreiber vorlegen (2G-Optionsmodell). Dies gilt nicht für Beschäftigte, die über einen Testnachweis verfügen und einen medizinischen Mund-Nasen-Schutz während

der Dauer der Veranstaltung oder des Angebots tragen. Die Pflicht zur Erstellung des Hygienekonzepts bleibt bestehen.

(2) Das 2G-Optionsmodell gilt nicht

1. während der Geltung der Vorwarnstufe für
 - a) den Zugang zur Innengastronomie,
 - b) die Teilnahme an Veranstaltungen und Festen in Innenräumen,
 - c) den Zugang zu Kultur- und Freizeiteinrichtungen im Innenbereich,
 - d) den Zugang zu Diskotheken, Clubs und Bars im Innenbereich,
 - e) Großveranstaltungen nach § 10,
2. während der Geltung der Überlastungsstufe nach § 2 Absatz 5 und
3. für die im § 7 Absatz 3 Nummer 2 und 4 bis 6 genannten Einrichtungen, Veranstaltungen und Angebote.

(3) Ein Betrieb im 2G-Optionsmodell ist mindestens drei Werktage vor Beginn der Veranstaltung oder des Angebots der zuständigen Gesundheitsbehörde in schriftlicher oder elektronischer Form anzuzeigen. Die Verantwortlichen haben der zuständigen Gesundheitsbehörde folgende Daten zu übermitteln:

1. Name und Adresse der Einrichtung,
2. Name und Kontaktdaten des verantwortlichen Ansprechpartners vor Ort,
3. Datum und Zeitraum des geplanten Angebots,
4. Besucherhöchstkapazität und
5. Angabe der Kontrollmaßnahmen zur Sicherung des Zutritts nur für Personen, die über einen Impf- oder Genesenennachweis verfügen.

(4) Die zuständige Gesundheitsbehörde kann im Falle eines Verstoßes gegen die Vorgaben dieser Verordnung Auflagen anordnen. Sie kann weiterhin vorübergehend oder dauerhaft untersagen, die Veranstaltung oder das Angebot nach dem 2G-Optionsmodell zu betreiben.

§ 7

Maßnahmen bei einer Sieben-Tage-Inzidenz über 35

(1) Überschreitet die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 35, besteht die Pflicht zur Vorlage eines Impf-, Genesenen- oder Testnachweises, zur Kontrolle der jeweiligen Nachweise durch den Betreiber oder Veranstalter und zur Kontakterfassung für

1. den Zugang zur Innengastronomie,
2. die Teilnahme an Veranstaltungen und Festen in Innenräumen,
3. die Inanspruchnahme körpernaher Dienstleistungen und Prostitution,
4. den Sport im Innenbereich,
5. den Zugang zu Hallenbädern und Saunen aller Art,
6. den Zugang zu Kultur- und Freizeiteinrichtungen im Innenbereich,
7. den Zugang zu Spielhallen, Spielbanken und Wettannahmestellen im Innenbereich,
8. die Teilnahme an touristischen Bahn- und Busfahrten, auch im Gelegenheits- und Linienverkehr,
9. den Zugang zu Diskotheken, Clubs und Bars im Innenbereich,
10. die Beherbergung, einschließlich der Einrichtungen und Angebote der Kinder-, Jugend- und Familienerholung gemäß § 11 Absatz 3 Nummer 5 und § 16 Absatz 2 Nummer 3 des Achten Buches Sozialgesetzbuch, bei Anreise sowie
11. den Zugang zu Lehrveranstaltungen und Prüfungen der Integrations-

kurse, Hochschulen, der Berufsakademie Sachsen, Aus-, Fort- und Weiterbildungs- und Erwachsenenbildungseinrichtungen, sowie ähnlichen Einrichtungen, Volkshochschulen, Kunst-, Musik- und Tanzschulen im Innenbereich.

Die Pflicht zur Vorlage eines Impf-, Genesenen- oder Testnachweises gilt bei Einrichtungen und Angeboten nach Satz 1 Nummer 11 einmal wöchentlich. Die Hochschulen, die Berufsakademie Sachsen, Aus- und Fortbildungseinrichtungen in staatlicher Trägerschaft und die für diese Einrichtungen zuständige Prüfungsbehörde können von Satz 2 abweichende Regelungen für die Teilnehmer an Präsenzlehrveranstaltungen und Prüfungen treffen sowie auch bei einer Sieben-Tage-Inzidenz von weniger als 35 von den Teilnehmern einen Impf-, Genesenen- oder Testnachweis für den Zugang vorschreiben. Das Nähere, insbesondere die Art und Weise der Überprüfung des Vorhandenseins eines Impf-, Genesenen- oder Testnachweises sowie die Gültigkeitsdauer eines Testnachweises, regelt die jeweilige Hochschule, die Berufsakademie Sachsen, die jeweilige Aus- und Fortbildungseinrichtung in staatlicher Trägerschaft oder zuständige Prüfungsbehörde. Für die Palucca Hochschule für Tanz Dresden gelten hinsichtlich der Testpflicht die Regelungen der Schul- und Kita-Coronaverordnung in der jeweils geltenden Fassung entsprechend.

(2) Überschreitet die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 35, sind Beschäftigte und Selbstständige mit direktem Kundenkontakt verpflichtet, zweimal wöchentlich einen Testnachweis zu führen. Der Nachweis über die Testung ist von diesen für die Dauer von vier Wochen aufzubewahren. Arbeitgeber sind verpflichtet, den Beschäftigten die Tests kostenfrei zur Verfügung zu stellen sowie die Testpflicht nach Satz 1 in das nach § 5 Absatz 1 und 3 zu erstellende Hygienekonzept aufzunehmen.

(3) Unabhängig vom Infektionsgeschehen gilt die Verpflichtung nach Absatz 1 nicht für:

1. körpernahe Dienstleistungen, soweit sie medizinischen, therapeutischen, pflegerischen oder seelsorgerischen Zwecken dienen,
2. folgende Gastronomiebetriebe und Angebote:
 - a) Angebote, die für die Versorgung obdachloser Menschen erforderlich sind,
 - b) Angebote zur Bewirtung von Fernbusfahrerinnen und Fernbusfahrern sowie Fernfahrerinnen und Fernfahrern, die beruflich bedingt Waren oder Güter auf der Straße befördern und dies jeweils durch eine Arbeitgeberbescheinigung nachweisen können,
 - c) nichtöffentliche Personalrestaurants, Kantinen und Mensen,
 - d) Lieferangebote und Abholung von mitnahmefähigen Speisen und Getränken,
3. Camping- und Caravaningplätze sowie die Vermietung von Ferienwohnungen,
4. Ausübung von Sport im Rahmen von Dienstsport, sportwissenschaftlichen Studiengängen, der vertieften sportlichen Ausbildung, Schwimmkursen sowie für Leistungssportlerinnen und -sportler der Bundes- und Landeskader, lizenzierte Profisportlerinnen und -sportler, Berufssportlerinnen und -sportler und Nachwuchssportlerinnen und -sportler, die in einem Nachwuchsleistungszentrum der professionellen Teamsportarten trainieren,
5. Fitnessstudios und sonstige Anlagen und Einrichtungen des Sportbetriebs für medizinisch notwendige Behandlungen und die schulische Nutzung für den Schulsport,
6. Bäder und Saunen aller Art für rehabilitations- und medizinische Zwecke,

die berufsbedingte praktische Ausbildung und Prüfung, die schulische Nutzung zum Schulschwimmen, die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften zum Nachweis der Rettungsfähigkeit sowie die Ausübung von Sport nach Nummer 4,

7. für Wahlen und Abstimmungen mit der Maßgabe, dass der Verantwortliche der Zusammenkünfte, Termine oder Maßnahmen sicherstellt, dass Handreinigungs- und ein zumindest begrenzt viruzides Desinfektionsmittel in hinreichender Menge zur Verfügung stehen sowie die genutzten Oberflächen, Gegenstände und Räume nach Beendigung der Zusammenkünfte, Termine oder Maßnahmen gründlich gereinigt werden.

(4) Überschreitet die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 35, sind Gerichte und Behörden zur Kontakterfassung von Besucherinnen und Besuchern verpflichtet.

§ 8

Maßnahmen bei Vorwarnstufe

(1) Während der Geltung der Vorwarnstufe nach § 2 Absatz 4 gilt § 7 entsprechend. Abweichend von Satz 1 besteht die Pflicht zur Vorlage eines Impf- oder Genesenennachweises, zur Kontrolle der jeweiligen Nachweise durch den Betreiber oder Veranstalter und zur Kontakterfassung für

1. den Zugang zur Innengastronomie, mit Ausnahme der Verpflegung von Übernachtungsgästen in Beherbergungsbetrieben nach § 7 Absatz 1 Satz 1 Nummer 10, wenn eine räumliche Trennung zu anderen Gästen gewährleistet ist,
2. die Teilnahme an Veranstaltungen und Festen in Innenräumen,
3. den Zugang zu Kultur- und Freizeiteinrichtungen im Innenbereich und
4. den Zugang zu Diskotheken, Clubs und Bars im Innenbereich.

§ 6a Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend. (...)

§ 9

Maßnahmen bei Überlastungsstufe

(1) Während der Geltung der Überlastungsstufe nach § 2 Absatz 5 besteht für den Zugang zu den in § 7 Absatz 1 Nummer 1 bis 11 genannten Einrichtungen und Angeboten die Pflicht zur Vorlage eines Impf- oder Genesenennachweises, zur Kontrolle der jeweiligen Nachweise durch den Betreiber oder Veranstalter und zur Kontakterfassung. § 7 Absatz 2 bis 4 gilt entsprechend. (...)

§ 10

Großveranstaltungen

(1) Großveranstaltungen sind Zusammenkünfte von gleichzeitig über 1 000 Besucherinnen und Besuchern unabhängig von Veranstaltungsart und Veranstaltungsort.

(2) Großveranstaltungen sind zulässig, wenn

1. eine Kontakterfassung, vorzugsweise durch personalisierte Ticketvergabe, vorgesehen ist,
2. Besucherinnen und Besucher einen Impf-, Genesenen- oder Testnachweis vorlegen und
3. ein von der zuständigen Behörde genehmigtes Hygienekonzept vorliegt.

Im Hygienekonzept sind Begrenzungen zum Ausschank und Konsum von alkoholhaltigen Getränken sowie ein Zutrittsverbot für erkennbar alkoholisierte Personen vorzusehen. Für Besucherinnen und Besucher von Großveranstaltungen gilt abseits des eigenen Platzes die Pflicht zum Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes. In der Allgemeinverfügung des Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Anordnung von Hygieneauflagen zur Verhinderung der Verbreitung des Corona-Virus können abweichende Regelungen zur Kontakterfassung, zur Vorlage eines Impf-, Genesenen- oder Testnachweises und zur Pflicht zum Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes getroffen werden.

(3) Überschreitet die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 35 darf bei Großveranstaltungen

1. im Innenbereich mit bis zu gleichzeitig 5 000 Besucherinnen und Besucher die zulässige Auslastung maximal 50 Prozent der jeweiligen Höchstkapazität betragen; soweit vom Veranstalter ausschließlich Besucherinnen und Besucher zugelassen werden, die einen Impf- oder Genesenennachweis oder einen Testnachweis nach § 4 Absatz 3 Satz 2 vorlegen, gilt keine Beschränkung der Höchstkapazität;
2. im Innen- und Außenbereich mit mehr als gleichzeitig 5 000 Besucherinnen und Besuchern die zulässige Auslastung maximal 50 Prozent der jeweiligen Höchstkapazität, höchstens jedoch 25 000 Besucherinnen und Besucher gleichzeitig, betragen.

(4) Während der Geltung der Vorwarn- oder Überlastungsstufe nach § 2 Absatz 4 oder 5 erfordert der Zutritt zu Großveranstaltungen die Vorlage eines Impf- oder Genesenennachweises. § 6a Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend. Die zulässige Auslastung darf maximal 50 Prozent der jeweiligen Höchstkapazität, höchstens jedoch 25 000 Besucherinnen und Besucher gleichzeitig, betragen. Bei Messen kann der Impf- oder Genesenennachweis durch einen Testnachweis nach § 4 Absatz 3 Satz 2 ersetzt werden.

(5) Die zuständige Gesundheitsbehörde kann für

1. landestypische Veranstaltungen Ausnahmen für die Höchstgrenzen für Besucherinnen und Besucher nach Absatz 3 und
2. landestypische Veranstaltungen im Außenbereich bis zur Geltung der Vorwarnstufe nach § 2 Absatz 4 Ausnahmen von der Pflicht
 - a) zur Kontakterfassung nach Absatz 2 Satz 1 Nummer 1,
 - b) zur Vorlage eines Impf-, Genesenen- oder Testnachweises nach Absatz 2 Satz 1 Nummer 2,
 - c) zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes nach Absatz 2 Satz 3

zulassen.

(6) Geimpfte oder genesene Personen werden bei der Ermittlung der Zahl der Besucherinnen und Besucher nach Absatz 1 und 3 bis 5 mitgezählt. (...)

§ 18

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am 8. November 2021 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Sächsische Corona-Schutz-Verordnung vom 19. Oktober 2021 (SächsGVBl. S. 1196) außer Kraft.

(2) Diese Verordnung tritt mit Ablauf des 25. November 2021 außer Kraft.“

- 2 In der mündlichen Verhandlung hat die Antragstellerin ihren schriftsätzlich angekündigten Antrag um § 6a Abs. 1 und § 9 Abs. 1 i. V. m. § 7 Abs. 1 Nr. 1, 2, 6, 9 und 10 sowie § 10 Abs. 4 Sätze 2 bis 4 SächsCoronaSchVO ergänzt.
- 3 Mit Schriftsatz vom 16. Februar 2022 hat die Antragstellerin ihren Antrag auf § 11 Abs. 2 Nr. 3, § 12 und § 21a Abs. 7 der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Regelung von Notfallmaßnahmen zur Brechung der vierten Coronavirus SARS-CoV-2-Welle (Sächsische Corona-Notfall-Verordnung - SächsCoronaNotVO) vom 19. November 2021 in der ab dem 6. Februar 2022 geltenden Fassung erweitert.
- 4 Die Sächsische Corona-Notfall-Verordnung vom 19. November 2021 in der Fassung der Sechsten Änderungsverordnung vom 2. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 121) hatte - soweit hier streitgegenständlich - nachfolgenden Wortlaut:

„§ 1 Grundsatz

(1) Die Öffnung, Inanspruchnahme und der Betrieb von Geschäften, Einrichtungen, Unternehmen, Veranstaltungen und sonstigen Angeboten ist unter Beachtung der nachfolgenden Vorschriften gestattet.
(...)

§ 11 Kultur, Freizeit

(1) Die Öffnung von Diskotheken, Clubs und Bars für Publikumsverkehr ist untersagt.

(2) Für den Zugang zu

1. Archiven, Bibliotheken und Außenbereichen von botanischen und zoologischen Gärten sowie Tierparks besteht die Pflicht zur Vorlage eines Impf-, Genesenen- oder Testnachweises,
2. Museen, Gedenkstätten, Ausstellungsräume und Innenbereiche von botanischen und zoologischen Gärten sowie Tierparks besteht die Pflicht zur Vorlage eines Impf- oder Genesenennachweises,
3. den nicht in Nummer 1 und 2 genannten Kultur- und Freizeiteinrichtungen besteht die Pflicht zur Vorlage eines Impf- oder Genesenennachweises sowie jeweils eines Testnachweises, dabei darf die zulässige Auslastung
 - a) nicht mehr als 50 Prozent der jeweiligen Höchstkapazität, höchstens jedoch bis zu 500 Besucherinnen und Besucher gleichzeitig oder
 - b) nicht mehr als 25 Prozent der jeweiligen Höchstkapazität, höchstens jedoch bis zu 1000 Besucherinnen und Besucher gleichzeitig

betragen. Es besteht die Pflicht zur Kontrolle der jeweiligen Nachweise durch den Betreiber. Für den Zugang zu den in Satz 1 Nummer 1 und 2 genannten

Einrichtungen besteht die Pflicht zur Kontakterfassung durch den Betreiber. Für die in Satz 1 Nummer 2 genannten Einrichtungen gilt § 8 Abs. 3 entsprechend.
(...)

§ 12 Veranstaltungen, Feste und Großveranstaltungen

Großveranstaltungen, Feste und Veranstaltungen, insbesondere landestypische Veranstaltungen, sind untersagt.

§ 21a Erleichterungen bei Rückgang des Infektionsgeschehens

(1) Werden an drei aufeinanderfolgenden Tagen

1. der Belastungswert Normalstation (Anzahl der belegten Krankenhausbetten der Normalstationen mit an COVID-19-Erkrankten im Freistaat Sachsen) von 1300 und
2. der Belastungswert Intensivstation (Anzahl der belegten Krankenhausbetten der Intensivstationen mit an COVID-19-Erkrankten im Freistaat Sachsen) von 420

unterschritten, gelten zusätzlich die Regelungen der nachfolgenden Absätze ab dem übernächsten Tag. Wird einer der in Satz 1 genannten Schwellenwerte an drei aufeinanderfolgenden Tagen wieder überschritten, gelten die Regelungen der nachfolgenden Absätze ab dem übernächsten Tag nicht mehr. Die Werte nach Satz 1 werden durch die oberste Landesgesundheitsbehörde unter <https://www.coronavirus.sachsen.de/infektionsfaelle-in-sachsen-4151.html> veröffentlicht.

(...)

(7) Abweichend von § 11 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 und § 12 dürfen Kultur- und Freizeiteinrichtungen unter der Maßgabe öffnen, dass für den Zugang die Pflicht zur Vorlage eines Impf- oder Genesenennachweises sowie jeweils eines Testnachweises und zur Kontrolle der jeweiligen Nachweise durch den Betreiber besteht. Die zulässige Auslastung darf

1. nicht mehr als 50 Prozent der jeweiligen Höchstkapazität, höchstens jedoch bis zu 2000 Besucherinnen und Besucher gleichzeitig oder
2. nicht mehr als 25 Prozent der jeweiligen Höchstkapazität

betragen. Die zuständige Gesundheitsbehörde kann im Einzelfall Ausnahmen von den Kapazitätsbeschränkungen nach Satz 2 zulassen. Dabei sind die Anforderungen des Infektionsschutzes zu berücksichtigen, insbesondere die Schutzvorschriften gemäß der Sächsischen Corona-Hygiene-Allgemeinverfügung.

(...)

§ 23 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am 22. November in Kraft. Gleichzeitig tritt die Sächsische Corona-Schutz-Verordnung vom 5. November 2021 (SächsGVBl. S. 1232) außer Kraft.

(2) Diese Verordnung tritt mit Ablauf des 6. März 2022 außer Kraft.“

- 5 Die Antragstellerin ist selbstständige freie Künstlerin und als solche deutschlandweit bekannt als Sängerin, Komponistin und Textdichterin. Sie war u. a. auch als Sängerin bei der Musikgruppe „SILLY“ tätig, mit der sie am 18. November 2021 in Chemnitz aufgetreten ist. Ihre für den 25. November 2021 in Dresden und für den 26. November 2021 in Leipzig geplanten Konzerte wurden unter anderem aufgrund der 2G-Regelungen in der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung abgesagt, wodurch der Antragstellerin erhebliche Einnahmeausfälle entstanden. Während ihres Aufenthaltes in Sachsen plante sie zudem Konzertbesuche von befreundeten Künstlern. Für das Frühjahr 2022 hatte sie erneut Auftritte in Sachsen auf Veranstaltungen unter dem Titel „Rock-Legenden“ mit Silly und anderen Künstlern sowie während dieses Aufenthalts in Sachsen Restaurantbesuche mit Musikerkollegen, den Besuch sonstiger kultureller Veranstaltungen sowie kosmetische bzw. Wellness- und Massagebehandlungen geplant. Die Antragstellerin ist nicht gegen das Coronavirus geimpft, testete sich aber täglich.
- 6 Zur Begründung ihres Rechtsschutzbegehrens trägt sie u. a. mit Schriftsätzen vom 24. November 2021, 13. Dezember 2021, 19. Dezember 2021, 29. Dezember 2021, 21. Januar 2022, 16. Februar 2022, 19. März 2022, 19. April 2022 und 22. Mai 2022 zusammengefasst vor: Die von ihr angegriffenen Regelungen verstießen gegen höherrangiges Recht. Trotz Außerkrafttreten der angegriffenen Regelungen der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung vom 5. November 2021 am 22. November 2021 habe sie ein berechtigtes Interesse an der Feststellung, dass die Verordnung unwirksam gewesen sei. Die Sächsische Corona-Schutz-Verordnung habe ursprünglich bis zum 25. November 2021 gelten sollen, weshalb sich die Antragstellerin im Hinblick auf ihren Normenkontrollantrag in der Hauptsache auf dieses Datum konzentriert habe. Wegen der auch hier anzuwendenden Grundsätze der Fortsetzungsfeststellungsklage, der Rechtsweggarantie gemäß Art. 19 Abs. 4 GG und Art. 17 EMRK, sei der Antrag auch nicht etwa unzulässig, weil die Verordnung bereits vor Antragstellung außer Kraft getreten sei. Sie könne sich auf eine unmittelbare Wiederholungsgefahr berufen. Zudem handele es sich um Normen, die in Grundrechte eingriffen und deren Geltung typischerweise zeitlich kurz befristet sei. Auch gegen solche Normen müsse über ein Hauptsacheverfahren effektiver Rechtsschutz und eine endgültige Klärung möglich bleiben. Sie sei durch die Normen erheblich geschädigt worden, da nur wenige Personen ihr Konzert am 18. November 2021 besucht hätten. Ein ganz besonderes Interesse an der Feststellung der Unwirksamkeit der angegriffenen Normen habe sie auch mit Blick auf etwaige Entschädigungs- und Schadensersatzansprüche, da sie beabsichtige, eine Entschädigung für die ihr durch eine geringe Besucherzahl und Konzertabsagen entstandenen Schäden einzufordern. Auch der Bayerische Verwaltungsgerichtshof habe

über den Normenkontrollantrag, der erst nach Außerkrafttreten der entsprechenden Norm gestellt worden sei, mit Beschluss vom 4. Oktober 2021 (- 20 N 20/767 -, juris) in der Sache entschieden.

- 7 Durch die Vorschrift des § 8 Abs. 1 Satz 2 SächsCoronaSchVO sei sie in ihrem Recht auf Teilhabe an der Kultur (Art. 11 Abs. 2 Satz 1 SächsVerf) und in ihrem Recht auf allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 15 SächsVerf) verletzt worden. Die Regelung des § 10 Abs. 4 Satz 1 SächsCoronaSchVO habe neben ihrem Recht auf kulturelle Teilhabe und ihrer allgemeinen Handlungsfreiheit auch ihr Recht auf Kunstfreiheit (Art. 21 Satz 1 SächsVerf) und Berufsfreiheit (Art. 28 Abs. 1 SächsVerf) verletzt, da bei ihrem Konzert in Chemnitz am 18. November 2021 wesentlich weniger Zuschauer anwesend gewesen seien als ursprünglich angenommen. Der potentielle Adressatenkreis ihrer Bühnenperformance sei reduziert gewesen und werde im Hinblick auf weitere Auftritte in Sachsen weiterhin reduziert sein. Zudem sei auch der Gleichheitsgrundsatz (Art. 18 Abs. 1 SächsVerf) verletzt worden. Sie habe als ungeimpfte Person unter geimpften Personen, die - anders als sie selbst - regelmäßig ungetestet gewesen seien und damit unkontrolliert das Coronavirus hätten weiterverbreiten können, gearbeitet.
- 8 Viele ihrer (ungeimpften) Fans hätten schon vor dem 8. November 2021 Tickets für ihre Konzerte gekauft gehabt, die sie aufgrund der Regelung in § 10 Abs. 4 Satz 1 SächsCoronaSchVO hätten wieder zurückgeben müssen. Ihre Betroffenheit in der Kunstfreiheit ergebe sich daraus, dass der potentielle Adressatenkreis ihrer Bühnenperformance reduziert und folglich der Wirkungsbereich der Kunstfreiheit (die Präsentation) betroffen gewesen sei. Wegen der niedrigen Impfquote in Sachsen werde das Publikum bei den Konzerten erheblich reduziert sein. Ihre Betroffenheit in der Berufsfreiheit ergebe sich aus dem finanziellen (Gewinn)Verlust, der bei einem „2G-Konzert“ zwischen 20 bis 40 % liege. Wegen dieser negativen Erfahrung werde sie auch Fans verlieren. § 6a Abs. 2 SächsCoronaSchVO habe ein „Verbot einer anderen Entscheidung als 2G“ dargestellt und ebenfalls ihre zuvor schon genannten Grundrechte verletzt.
- 9 Die negativ Getesteten seien keine „Ansteckungsverdächtigen“ i. S. d. § 2 Nr. 7 IfSG. Denn sie seien nicht in der Lage, andere anzustecken und das Coronavirus weiter zu übertragen. Demgegenüber können Geimpfte und Genesene, die nicht negativ getestet seien, jederzeit „Ansteckungsverdächtige“ i. S. d. § 2 Nr. 7 IfSG sein, weil sie das Coronavirus in sich trügen und auf andere weiterübertragen könnten. Der Ausschluss nicht Ansteckungsverdächtiger (hier: die negativ Getesteten) i. S. d. § 2 Nr. 7 IfSG von den in § 8 Abs. 1 Satz 2 und § 10 SächsCoronaSchVO genannten Veranstaltungen

und Einrichtungen sei nicht nachvollziehbar, nicht erforderlich und unverhältnismäßig gewesen. Bekämpft werden können hätte das Coronavirus hingegen durch die Einführung einer Testpflicht für alle, die die in § 8 Abs. 1 Satz 2 und § 10 SächsCoronaSchVO genannten Veranstaltungen und Einrichtungen besuchen wollen. Nur wenn sich auch Geimpfte und Genesene hätten testen lassen müssen, hätte eine Weiterübertragung des Coronavirus verhindert werden können. Dieses „1G-Modell“ (negativ getestet) werde auch vom RKI gefordert und wende im Vergleich zum 2G-Modell das deutlich mildere und zugleich auch deutlich effektivere Mittel an.

- 10 Ferner hätten die angegriffenen Regelungen gegen das polizeirechtliche Verantwortlichkeitsprinzip (§§ 4 und 5 SächsPolG) verstoßen. Bei den negativ Getesteten habe es sich um Nichtstörer gehandelt, die auch weder als „Verdachtsstörer“ noch als „Verdachtsgefährder“ hätten eingestuft werden können. Demgegenüber seien die nicht negativ getesteten Geimpften und Genesenen die „Störer“ gewesen, die als solche, etwa durch Durchführung eines Tests vor der Teilnahme an Veranstaltungen, hätten in Anspruch genommen werden können.
- 11 Außerdem hätten die Regelungen Art. 11 Abs. 2 SächsVerf verletzt, wonach die Teilnahme an der Kultur in ihrer Vielfalt und am Sport dem gesamten Volk und damit auch den erwiesenermaßen Gesunden und Ansteckungsunverdächtigen, auch wenn diese nicht geimpft seien, zu ermöglichen sei. Da ungeimpfte, negativ Getestete durch die Einführung des 2G-Modells willkürlich ungleich behandelt worden seien, habe ein Verstoß gegen den allgemeinen Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG, Art. 18 Abs. 1 SächsVerf vorgelegen. Überdies hätten die Regelungen die allgemeine Handlungsfreiheit und Menschenwürde (Art. 2 Abs. 1, Abs. 2 GG, Art. 1 GG, Art. 14 SächsVerf, Art. 15 SächsVerf), die Kunstfreiheit (Art. 5 Abs. 3 GG, Art. 21 SächsVerf), die Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG, Art. 28 Abs. 1 SächsVerf) und mehrere Artikel aus der EU-Grundrechtecharta (Art. 20, Art. 21 Abs. 1, Art. 13, Art. 15, Art. 16 EU-Grundrechtecharta) verletzt. So gewährleiste Art. 3 Abs. 2 EU-Grundrechtecharta, dass man sich ohne Einwilligung keiner medizinischen Behandlung (z. B. Impfung) unterziehen müsse. Ein auch nur mittelbarer Impfzwang verstoße hiergegen. Die angegriffenen Regelungen hätten auch gegen Art. 5 Abs. 1 lit. e), Art. 8 und 14 EMRK sowie Art. 15 Abs. 1 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt) und gegen § 7 Nr. 10 des Völkerstrafgesetzbuchs verstoßen. Zur Untermauerung ihres Vorbringens benannte die Antragstellerin Zeugen und Sachverständige zu den Themen Impfdurchbrüche und fehlende sterile Immunität der mRNA-Impfstoffe.

- 12 Das Niedersächsische Obergerverwaltungsgericht habe am 10. Dezember 2021 (- 13 MN 462/21 -) eine 2G-Plus-Regelung in einer niedersächsischen Corona-Verordnung außer Kraft gesetzt, soweit sie auch Ungeimpfte von körpernahen Dienstleistungen ausschließe, die über einen Negativtest nachgewiesen hätten, dass sie das Coronavirus nicht in sich tragen und damit nicht ansteckend seien. In einer weiteren Entscheidung vom 16. Dezember 2021 (- 13 MN 477/21 -) habe das Gericht die sog. 2G-Regelung im Einzelhandel vorläufig außer Vollzug gesetzt. Ebenso habe der Bayerische Verwaltungsgerichtshof in seiner Entscheidung vom 19. Januar 2022 (- 20 NE 21/3119 -) entschieden. Die Annahme, die zur Verfügung stehenden Impfstoffe seien sicher und würden vor einer Ansteckung des Geimpften oder Dritter mit dem Coronavirus schützen, stimme nicht. Die angeblich drohende Überlastung des Gesundheitssystems, die zur Begründung der getroffenen Maßnahmen herangezogen worden sei, habe es weder in Sachsen noch in Deutschland gegeben.
- 13 Auch ihre mit Schriftsatz vom 16. Februar 2022 vorgenommene Antragserweiterung sei zulässig, insbesondere sachdienlich i. S. d. § 91 Abs. 1 VwGO, da der Streitstoff im Wesentlichen der Gleiche bleibe; die Beschränkungen für die Betroffenen hätten sich noch weiter verschärft. Die Unwirksamkeit dieser weiteren miteinbezogenen Regelungen müsse festgestellt werden, weil zahllose gesunde Bürger aus Sachsen als Ungeimpfte davon massiv betroffen gewesen seien. Es bestehe auch insoweit eine Wiederholungsgefahr, dass der Ordnungsgeber in Sachsen künftig erneut entsprechende 2G-Zwänge in Kraft setzen werde, weil er damit eine unzulässige mittelbare Impfpflicht durchsetzen wolle. Die Antragstellerin sei auch durch die angegriffenen Regelungen der Sächsischen Corona-Notfall-Verordnung in ihrem Recht auf Teilhabe an der Kultur (Art. 11 Abs. 2 Satz 1 SächsVerf) und ihrem Recht auf allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 15 SächsVerf), ferner in ihrer Kunstfreiheit (Art. 21 Satz 1 SächsVerf) und Berufsfreiheit (Art. 28 Abs. 1 SächsVerf) verletzt worden. Sie habe am 3. und 4. Februar sowie 5. und 6. März 2022 in Sachsen Konzerte geplant gehabt, die der Geschäftsführer des Veranstaltungsortes, Hotel Ratskeller Schwarzenberg, habe absagen müssen, da er die Antragstellerin als Ungeimpfte auf Grund der in Sachsen geltenden 2G-plus-Regelung nicht einmal habe in sein Hotel lassen dürfen. Ein Konzert in Dresden am 21. Februar 2022 sei aus dem gleichen Grund vom Veranstalter abgesagt worden. Auch der Gleichheitsgrundsatz (Art. 18 Abs. 1 SächsVerf) sei durch die angegriffenen Regelungen verletzt worden, weil Geimpfte und Genesene, die zudem negativ getestet seien, in Sachsen als Künstler hätten auftreten dürfen, die Antragstellerin als Ungeimpfte aber generell nicht, auch wenn sie negativ getestet worden sei. Die Normenkontrollklage insgesamt richte sich insbesondere gegen die dadurch verursachte Diskriminierung der

natürlichen Personen mit natürlichem Gesundheitsstatus, die auf rein theoretischen Vermutungen, Verdächtigungen und Unterstellungen und deren Umsetzung innerhalb der 2G-Pflicht beruht habe. Die 2G-Pflicht sei unangemessen gewesen, entwürdigend, spaltend und untauglich. Der Mensch sei damit zum bloßen Objekt des Staates als Versuchsobjekt eines mRNA-Impfprojekts für Pharmakonzerne geworden. Die 2G-Pflicht sei eine Verletzung des Schutzbereichs der Antragstellerin aus Art. 1 GG gewesen, einerseits im Bereich der Gleichstellung der Kunst-, Vermögens- und Berufsfreiheit zu anderen Berufszweigen. Andererseits habe sie ihre Rechte als Privatperson im Bereich des Zugangs zu Konzerten und Hotels als Übernachtungsmöglichkeit auf Reisen verletzt. Ihr sei ihr Recht auf kulturelle Teilhabe als Privatperson entzogen worden. Der Impfwang zum Zugang der Bereiche des öffentlichen Lebens (hier Kunst und Kultur) und die stetige damit einhergehende Diffamierung dieser Menschen habe eine Verletzung der Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG dargestellt. Die Ablösung der Sächsischen Corona-Notfall-Verordnung durch die Sächsische Corona-Schutz-Verordnung vom 1. März 2022 könne nur so gewertet werden, dass der Ordnungsgeber in Sachsen nun selbst eingesehen habe, dass die massiven Grundrechtseinschränkungen für gesunde Bürger in Sachsen, nur weil diese ungeimpft gewesen seien, vollständig unverhältnismäßig und unhaltbar gewesen seien.

- 14 Die ihrem Antrag zugrundeliegende Sächsische Corona-Schutz-Verordnung sei auf Grundlage des § 28a Abs. 1 Nr. 2a IfSG erlassen worden. Die Ermächtigungsgrundlage nenne Impf-, Genesenen- oder Testnachweise gleichberechtigt nebeneinander. Dies hätte auch der sächsische Ordnungsgeber so übernehmen müssen. Im Hinblick auf die ebenfalls angegriffene Sächsische Corona-Notfall-Verordnung vom 19. November 2021 sei diese fehlerhaft noch auf § 28a Abs. 1 IfSG gestützt worden, obwohl die „epidemische Lage von nationaler Tragweite“ bereits mit Ablauf des 25. November 2021 geendet habe. Der Ordnungsgeber habe sich nicht auf § 28a Abs. 8 IfSG, der keine epidemische Lage von nationaler Tragweite voraussetze, gestützt. Überdies hätte der Ordnungsgeber auch nach § 28a Abs. 8 Nr. 3 IfSG Impf-, Genesenen- und Testnachweis gleich behandeln müssen.
- 15 Die Antragstellerin hat mit ihren Schriftsätzen eine Vielzahl von Unterlagen einschließlich Videos und Bildern vorgelegt mit u. a. Interviews und Berichten zur Corona-Situation und zu den Impfstoffen.
- 16 Nach Schluss der mündlichen Verhandlung trägt die Antragstellerin mit Schriftsatz ihres Prozessbevollmächtigten vom 10. Februar 2024 zur Zulässigkeit der Klageerweite-

rung vor, dass die Voraussetzungen der Sachdienlichkeit gegeben seien, weil die Klageerweiterung der endgültigen Beilegung des sachlichen Streits zwischen den Beteiligten im laufenden Verfahren diene. Wenn die Frage der formellen und materiellen Wirksamkeit der Sächsischen Corona-Notfall-Verordnung in diesem Verfahren erledigt werde, müsse darüber kein weiteres Verfahren geführt werden. Zudem sei der Streitstoff im Wesentlichen derselbe. Zur Beantwortung der Frage, ob das Normenkontrollverfahren gegen die Sächsische Corona-Schutz-Verordnung vom 5. November 2021 mit Antrag vom 24. November 2021 rechtzeitig eingeleitet worden sei, müsse als Vorfrage inzident die Wirksamkeit und die Verkündung der Sächsischen Corona-Notfall-Verordnung geprüft werden. Damit bleibe der Streitstoff im Wesentlichen der gleiche, da auch im Hinblick auf den Antrag gegen die Sächsische Corona-Notfall-Verordnung deren Wirksamkeit und Verkündung zu prüfen sei. Die Sachdienlichkeit erfordere keine völlige Gleichheit des Streitstoffs. Zudem führe die Entscheidung über die formelle und materielle Rechtmäßigkeit der Sächsischen Corona-Notfall-Verordnung zu einer endgültigen Streitbeilegung. Außerdem sei der Antragsgegner gemäß § 242 BGB so zu behandeln, als habe er in die Klageerweiterung eingewilligt. Denn die Verquickung der beiden Verordnungen sei auf die Entscheidung des Antragsgegners zurückzuführen. Es erscheine deshalb als widersprüchliches Verhalten und somit als treuwidrig, einerseits die Verordnung durch eine andere Verordnung vorzeitig aufzuheben, andererseits aber die Zustimmung zur Verhandlung über diese andere Verordnung in diesem Verfahren zu verweigern und sich sogleich auf die - in Folge der vorzeitigen weiteren Verordnung (angeblich) - eingetretene Unzulässigkeit zu berufen.

- 17 Mit weiterem Schriftsatz ihres Prozessbevollmächtigten vom 13./12. Februar 2024 macht sie ferner geltend, die spätere Erweiterung des Normenkontrollantrags auf einige Vorschriften der Sächsischen Corona-Notfall-Verordnung hätte ebenso gut als komplett neuer eigener Antrag gestellt werden können und deshalb könne dessen Zulässigkeit nicht daran scheitern, dass dieser Antrag in das Verfahren auf Nichtig-erklärung einiger Vorschriften der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung eingeführt worden sei. Der Senat hätte das diesbezügliche Verfahren - den neuen Hauptantrag gegen die Sächsische Corona-Notfall-Verordnung - nach § 93 Satz 1 VwGO abtrennen und unter neuem Aktenzeichen fortsetzen müssen. Zur Frage der ordnungsgemäßen Verkündung der Sächsischen Corona-Notfall-Verordnung handele es sich nicht um einen zusätzlichen Prüfungsaufwand, da dies ohnehin im Rahmen der Zulässigkeit des Normenkontrollantrags gegen die Sächsische Corona-Schutz-Verordnung geprüft werden müsse. „Soweit es um die Prüfung der medizinisch-epidemiologischen Annahmen der Erzählung von der ‚schlimmsten Killervirus-Pandemie aller Zeiten‘ gehe“, würde schon

jeder einzelne Punkt für sich, aber erst recht die Zusammenführung der entsprechenden Punkte aus dem Schriftsatz vom 4. Februar 2024 ausnahmslos jede Corona-Verordnung und jede Beschränkung der Freiheitsausübung auf Geimpfte und Genesene gleichermaßen zu Fall bringen. Aufgrund der Argumentation des Senats in der mündlichen Verhandlung bilde der Vortrag zur Widerlegung der „Killervirus“-Pandemie-Erzählung auch im Kontext des § 91 Abs. 1 VwGO eine doppelrelevante Tatsache.

18 Die Antragstellerin beantragt,

festzustellen, dass § 6a Abs. 1, § 8 Abs. 1 Satz 2, § 9 Abs. 1 i. V. m. § 7 Abs. 1 Nr. 1, 2, 6, 9 und 10 sowie § 10 Abs. 4 der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zum Schutz vor dem Coronavirus SARS-CoV-2 und COVID-19 (SächsCoronaSchVO) vom 5. November 2021 unwirksam waren,

sowie festzustellen,

dass § 11 Abs. 2 Nr. 3, § 12 sowie § 21a Abs. 7 der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Regelung von Notfallmaßnahmen zur Brechung der vierten Coronavirus SARS-CoV-2-Welle (SächsCoronaNotVO) vom 19. November 2021 in der Fassung vom 6. Februar 2022 unwirksam waren.

19 Der Antragsgegner beantragt,

die Anträge zu verwerfen, hilfsweise zurückzuweisen.

20 Er geht von der Unzulässigkeit der Anträge, insbesondere auch der mit Schriftsatz vom 16. Februar 2022 vorgenommenen Antragsänderung aus. Da bereits der ursprünglich erhobene Normenkontrollantrag unzulässig sei, da er erst nach Außerkrafttreten der angegriffenen Sächsischen-Corona-Schutz-Verordnung gestellt worden sei, könne es schon keine sachdienliche Antragsänderung geben. Wegen der Unzulässigkeit könne der von den Prozessbevollmächtigten gemachte Vortrag zur Sache nicht Entscheidungsgegenstand werden und sich demnach die Frage, inwieweit er für die nunmehr erstrebte Sachentscheidung zur neuen Rechtslage nutzbar gemacht werden könne, von vornherein nicht stellen. Zudem liege der Sächsischen Corona-Notfall-Verordnung gegenüber der ursprünglich angegriffenen Verordnung eine grundlegend andere Konzeption zugrunde und verweigere er auch ausdrücklich seine Zustimmung zur Antragsänderung. Auch sei die Sächsische Corona-Notfall-Verordnung inzwischen durch die Sächsische Corona-Schutz-Verordnung vom 1. März 2022 vollständig abgelöst worden und damit ein Rechtsschutzinteresse für die gerichtliche Überprüfung der bisherigen Vorschriften, sollte es je bestanden haben, entfallen.

- 21 Im Übrigen verteidigt er die Regelungen und verweist hierzu auf die Feststellungen des Senats im zugehörigen Eilverfahren 3 B 411/21. Er führt mit Schriftsätzen vom 14. und 25. Januar 2022, 7. und 22. März 2022, 21. April 2022 und 23. Mai 2022 weiter aus, die von der Antragstellerin zitierte Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 4. Oktober 2021 (- 20 N 20/767 -) habe eine bis zum 19. April 2020 gültige Norm zum Gegenstand gehabt, wobei der Normenkontrollantrag am 10. April 2020 gestellt worden sei. Die Entscheidung betreffe demnach nicht die hier gegebene Fallgestaltung einer Antragstellung erst nach Geltungsende der angegriffenen Verordnung. Gemäß der Kommentarliteratur zu § 47 Abs. 1 VwGO könnten Rechtsnormen, die bereits bei Antragstellung außer Kraft getreten seien, nicht zulässiger Antragsgegenstand sein, da eine Regelung analog § 113 Abs. 4 Satz 1 VwGO in § 47 VwGO gerade nicht geschaffen worden sei. Soweit dort Ausnahmen diskutiert würden, komme der Gesichtspunkt der Einforderung von Ersatz für finanzielle Nachteile durch die Verordnung vorliegend nicht in Betracht. Denn für derartige - ausschließlich den Zivilgerichten vorbehalten - Entscheidungen bedürfe es nicht der vorherigen verwaltungsgerichtlichen Feststellung ihrer Rechtmäßigkeit oder Rechtswidrigkeit. Die verwaltungsrechtliche Lage sei vielmehr als Vorfrage durch die Zivilgerichte zu prüfen. Die Antragstellerin habe innerhalb der Geltungsdauer der Verordnung einen Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz gestellt (- 3 B 411/21 -). Gründe, weshalb sie nicht zugleich oder in dem weiteren Geltungszeitraum dieser Verordnung auch das vorliegende Hauptsacheverfahren eingeleitet habe, seien weder vorgetragen noch zu erkennen. Zwar treffe es zu, dass die Verordnung vom 5. November 2021 ursprünglich bis zum Ablauf des 25. November 2021 habe gelten sollen. Jedoch sei sie bereits mit Wirkung ab dem 22. November 2021 durch die nachfolgend geltende Sächsische Corona-Notfall-Verordnung vom 19. November 2021 abgelöst worden, welche am 20. November 2021 im Sächsischen Gesetz- und Verordnungsblatt und mithin vier Tage, bevor die Antragstellerin ihren Normenkontrollantrag mit Schriftsatz vom 24. November 2021 gefertigt habe, verkündet worden sei.
- 22 Zur Begründetheit führt er aus: Die von der Antragstellerin benannten angeblich gegenteiligen Entscheidungen anderer Oberverwaltungsgerichte hätten teilweise gar nicht das 2G-Modell bzw. anderweitige Sachverhalte betroffen oder seien vor dem Hintergrund einer von der des Freistaates Sachsen abweichenden Infektionslage und Überlastungsproblematik für das stationäre Gesundheitswesen getroffen worden. So habe z. B. auch der Bayerische Verwaltungsgerichtshof nicht die Rechtmäßigkeit des 2G-Modells infrage gestellt, sondern die Abgrenzung der von diesem Modell im Bereich

des Handels ausgenommenen Geschäfte unter dem Gesichtspunkt des Gleichbehandlungsgebots beanstandet. Soweit die Antragstellerin die Wirksamkeit der Coronaschutzimpfungen bezweifele, ändere dies nichts an der Feststellung des Senats im Eilverfahren, dass auch eine nur relative Wirksamkeit von Impfungen deren Eignung zur Pandemiebekämpfung nicht in rechtserheblicher Weise infrage stelle und, dass auch dann bloße negative Coronatests als reine Momentaufnahme in ihrer Schutzwirkung nicht gleichwertig seien.

- 23 § 28a Abs. 1 Nr. 2a IfSG, der über § 32 IfSG den Ländern die Befugnis gebe, auch im Wege der Rechtsverordnung Impf-, Genesenen- oder Testnachweise anzuordnen, soweit sie diese für geboten erachteten, sei keine Verpflichtung zu entnehmen, entweder alle drei Nachweise gleichberechtigt zuzulassen oder keinen von ihnen zu verlangen. Die Antragstellerin verkenne ferner, dass § 28a Abs. 9 IfSG in der Fassung des Gesetzes vom 22. November 2021 und geändert durch das Gesetz vom 10. Dezember 2021, trotz Auslaufen der Bundestagsfeststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite eine Fortgeltung der bis zum 25. November 2021 in Kraft getretenen landesrechtlichen Maßnahmen und Verordnungen gestattet habe. Außerdem habe der Sächsische Landtag am 7. Dezember 2021 die nach § 28a Abs. 8 Satz 1 IfSG erforderliche landesbezogene Feststellung mit einer Gültigkeit von drei Monaten getroffen.
- 24 Mit Beschluss vom 19. November 2021 - 3 B 411/21 - lehnte der Senat den Antrag im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes ab.
- 25 Mit Beschluss vom 14. Februar 2024 wurden die Ablehnungsgesuche gegen die Mitglieder des erkennenden Senats wegen Besorgnis der Befangenheit zurückgewiesen.
- 26 Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf die Gerichtsakte im vorliegenden Verfahren sowie im Verfahren 3 B 411/21 und die Sitzungsniederschrift vom 8. Februar 2024 verwiesen.

Entscheidungsgründe

- 27 Der Senat entscheidet durch Teilurteil gemäß § 110 VwGO über den mit Schriftsatz ihres Prozessbevollmächtigten vom 16. Februar 2022 in das Verfahren einbezogenen Antrag der Antragstellerin, der sich gegen § 11 Abs. 2 Nr. 3, § 12 sowie § 21a Abs. 7 der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Regelung von Notfallmaßnahmen zur Brechung der vierten Coronavirus SARS-CoV-2-Welle (SächsCoronaNotVO) vom 19. November 2021 in der Fassung vom 2. Februar 2022 richtet.

- 28 Gemäß § 110 VwGO kann das Gericht ein Teilurteil erlassen, wenn nur ein Teil des Streitgegenstandes zur Entscheidung reif ist. Ein Teilurteil kann dabei nur ergehen, wenn der vorab zu entscheidende und der verbleibende Teil des Streitgegenstandes voneinander wechselseitig rechtlich und tatsächlich unabhängig sind. Das ist der Fall, wenn der Teil, über den vorab durch Teilurteil entschieden worden ist, hätte abgetrennt werden und der übrige Teil Gegenstand eines selbständigen Verfahrens hätte sein können. Dazu darf die Entscheidung über den verbleibenden Teil keine Fragen aufwerfen, über die schon durch das Teilurteil entschieden worden ist (BVerwG, Urt. v. 31. Januar 2018 - 8 C 23/16 -, juris Rn. 15 m. w. N.). Die (nachträgliche) Entscheidung über die Wirksamkeit mehrerer Bestimmungen der Sächsischen Corona-Notfall-Verordnung vom 19. November 2021 in der Fassung der Sechsten Änderungsverordnung vom 2. Februar 2022 und die Entscheidung über die Wirksamkeit mehrerer angegriffener Regelungen der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung vom 5. November 2021 sind nicht wechselseitig voneinander abhängig. Es handelt sich vielmehr bei dem nachträglich in das Verfahren eingebrachten Antrag zur Sächsischen Corona-Notfall-Verordnung vom 19. November 2021 in der Fassung vom 2. Februar 2022 um einen eigenständig abgrenzbaren Streitgegenstand. Auch ist das Verfahren im Hinblick auf diesen Teil des Streitgegenstandes - anders als im Hinblick auf den gegen einzelne Bestimmungen der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung vom 5. November 2021 gerichteten Antrag der Antragstellerin - entscheidungsreif, so dass der Senat unter Betätigung des ihm zukommenden Ermessens über diesen weiteren Antrag durch Teilurteil entscheiden kann. Das Problem des eigenständigen Schicksals dieses Antrags wurde zudem mit den Beteiligten ausführlich erörtert. Die Prozessbevollmächtigten der Antragstellerin haben daraufhin zuletzt auf die Abtrennung des Antrags gegen die Regelungen der Sächsischen Corona-Notfall-Verordnung verwiesen.
- 29 Die nach Schluss der mündlichen Verhandlung eingegangenen Schriftsätze der Prozessbevollmächtigten der Antragstellerin vom 10. Februar 2024 und 13. bzw. 12. Februar 2024 geben keinen Anlass zur Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung, soweit es den Streitgegenstand dieses Teilurteils betrifft. Sie enthalten kein neues Tatsachenvorbringen im Hinblick auf die Sächsische Corona-Notfall-Verordnung vom 19. November 2021 in der Fassung der Änderungsverordnung vom 2. Februar 2022.
- 30 Der Normenkontrollantrag ist, soweit er sich auf die nachträglich in den Rechtsstreit einbezogene Sächsische Corona-Notfall-Verordnung vom 19. November 2021 in der Fassung der Änderung durch Verordnung vom 2. Februar 2022 bezieht, abzulehnen. Es fehlt an der Zulässigkeit der Antragsänderung.

- 31 Dabei war der in der mündlichen Verhandlung gestellte (zweite) Antrag der Klägerin, gerichtet auf die nachträgliche Feststellung der Unwirksamkeit von § 11 Abs. 2 Nr. 3, § 12 sowie § 21a Abs. 7 der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Regelung von Notfallmaßnahmen zur Brechung der vierten Coronavirus SARS-CoV-2-Welle (SächsCoronaNotVO) vom 19. November 2021 „in der Fassung vom 6. Februar 2022“, zunächst dahingehend gemäß § 88 VwGO auszulegen, dass damit die ab dem 6. Februar 2022 geltende Fassung der Sächsischen Corona-Notfall-Verordnung gemeint war. Dies ergibt sich im Übrigen auch aus dem dazugehörigen schriftsätzlichen Vorbringen der Antragstellerin. Bei der von ihr angegriffenen Verordnung handelt es sich um die Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Regelung von Notfallmaßnahmen zur Brechung der vierten Coronavirus SARS-CoV-2-Welle (SächsCoronaNotVO) vom 19. November 2021 in der Fassung der Sechsten Änderungsverordnung vom 2. Februar 2022.
- 32 Zwar ist der Antrag nach § 47 Abs. 1 Nr. 2 VwGO i. V. m. § 24 Abs. 1 SächsJG statthaft. Danach entscheidet das Sächsische Obergericht über die Gültigkeit von im Rang unter dem Landesgesetz stehenden Rechtsvorschriften. Dazu gehören Verordnungen der Staatsregierung. Der Senat entscheidet gemäß § 24 Abs. 2 SächsJG hierüber in der Besetzung von fünf Berufsrichtern.
- 33 Allerdings handelt es sich bei der mit Schriftsatz ihres Prozessbevollmächtigten vom 16. Februar 2022 erfolgten Einbeziehung der zu diesem Zeitpunkt geltenden Regelungen des § 11 Abs. 2 Nr. 3, § 12 und § 21a Abs. 7 SächsCoronaNotVO vom 19. November 2021 in der Fassung der Änderung durch Verordnung vom 2. Februar 2022 in den Rechtsstreit um eine unzulässige Antragsänderung.
- 34 Bei der Erweiterung des Normenkontrollantrags um weitere Anträge und Einbeziehung einer weiteren (Nachfolge-)Corona-Schutz-Verordnung, hier der Corona-Notfall-Verordnung, in das Verfahren handelt es sich um eine Antragsänderung i. S. d. § 91 VwGO, der entsprechend auch für selbständige Antragsverfahren gilt (W.-R. Schenke, in Kopp/Schenke, VwGO, 29. Auflage 2023, § 91 Rn. 1 m. w. N.). Eine solche liegt dann vor, wenn der Streitgegenstand eines anhängigen Verfahrens durch Erklärung des Antragstellers geändert wird (zur Klageänderung: BVerwG, Urt. v. 18. August 2005 - 4 C 13/04 -, juris Rn. 21 m. w. N.). Hier hat die Antragstellerin mit ihrem Schriftsatz vom 16. Februar 2022 nachträglich einen weiteren Streitgegenstand, die Sächsi-

sche Corona-Notfall-Verordnung vom 19. November 2021 in der Fassung der Sechsten Änderungsverordnung vom 2. Februar 2022, in das anhängige Verfahren zur Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung vom 5. November 2021 eingebracht.

- 35 Gemäß § 91 Abs. 1 VwGO ist eine Änderung der Klage zulässig, wenn die übrigen Beteiligten einwilligen oder das Gericht die Änderung für sachdienlich hält. Der Antragsgegner hat der Antragsänderung hier in Form der Erweiterung ausdrücklich widersprochen. Die Auffassung der Antragstellerin, wonach sich der Antragsteller nach dem Grundsatz von Treu und Glauben (§ 242 BGB) so behandeln lassen müsse, als habe er der Antragsänderung zugestimmt, teilt der Senat nicht. Im Gegensatz zur Auffassung der Antragstellerin, wonach das Verhalten des Antragsgegners, der die ursprünglich allein angegriffene Sächsische Corona-Schutz-Verordnung vom 5. November 2021 durch die Sächsische Corona-Notfall-Verordnung vom 19. November 2021 habe vorzeitig außer Kraft treten lassen wollen, und dann die Zustimmung zur Antragsänderung der Antragstellerin verweigert habe, treuwidrig sei, sieht der Senat darin kein widersprüchliches Verhalten.
- 36 Der Senat hat demnach über die Sachdienlichkeit der Antragsänderung zu entscheiden. Eine solche Sachdienlichkeit ist nur dann anzunehmen, wenn auch für die geänderte Klage oder den geänderten Antrag der Streitstoff im Wesentlichen derselbe bleibt und die Klageänderung die endgültige Beilegung des Streites fördert und dazu beiträgt, dass ein weiterer sonst zu erwartender Prozess vermieden wird (Schenke, a. a. O. Rn. 19; BVerwG, a. a. O. Rn. 22 m. w. N. und Urt. v. 31. August 2022 - 6 A 9/20 -, juris Rn. 29 m. w. N.).
- 37 Der Senat hat bei Normenkontrollen gegen die Sächsischen Corona-Schutz-Verordnungen auch bei einer inhaltsgleichen Regelung die Sachdienlichkeit bisher verneint (Urt. v. 4. August 2022 - 3 C 24/20 -, juris Rn. 27). Er hat darauf verwiesen, dass es sich nicht um den wesentlich gleichen Streitstoff handele, da sich die der Nachfolgeverordnung zugrundeliegenden tatsächlichen Verhältnisse verändert haben und daher insoweit zusätzlich erhoben werden müssten und somit den Streitstoff wesentlich erweiterten (SächsOVG, Urt. v. 25. Januar 2024 - 3 C 17/21 - Rn. 25, n. v.). Auch hier fehlt es an einem im Wesentlichen identischen Streitstoff, da der Sächsischen Corona-Notfall-Verordnung vom 19. November 2021 in der Fassung vom 2. Februar 2022 gegenüber der ursprünglich angegriffenen Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung eine grundlegend andere Konzeption zugrunde liegt und sich zudem die dieser Notfall-Ver-

ordnung zugrundeliegenden rechtlichen und tatsächlichen Verhältnisse verändert haben, insoweit zusätzlich erhoben werden müssten und damit den Streitstoff wesentlich erweitern. Es handelt sich um einen vollständig neuen Sachverhalt, der nicht zuvor Gegenstand des Verfahrens war. So wurde die Sächsische Corona-Schutz-Verordnung vom 5. November 2021 vor dem Hintergrund der seit Herbst 2021 wieder ansteigenden Infektionszahlen im Freistaat Sachsen, die vor allem durch die in Deutschland zu diesem Zeitpunkt vorherrschende Virusvariante „Delta“ verursacht wurden, und der Erfüllung der Voraussetzungen für die Auslösung der Vorwarnstufe erlassen und sah u. a. 2G-Regelungen für die Bereiche Innengastronomie, Veranstaltungen und Feste in Innenräumen sowie Kultureinrichtungen, Freizeiteinrichtungen, Diskotheken, Clubs und Bars im Innenbereich sowie Großveranstaltungen vor. Da seit dem 19. November 2021 im Freistaat Sachsen die Überlastungsstufe galt, zielte die Sächsische Corona-Notfall-Verordnung hingegen darauf ab, durch eine zeitlich befristete Verschärfung und Ausweitung der bereits bestehenden Schutzmaßnahmen die Zahl der Neuinfektionen zu reduzieren, Kontakte durch Einschränkungen bei infektionsträchtigen Lebensbereichen zu minimieren und dadurch die Infektionsdynamik zu verlangsamen. So wurden u. a. Großveranstaltungen, Veranstaltungen und Feste gänzlich untersagt. Der Ende Januar/Anfang Februar 2022 zu beobachtende (erneute) Anstieg der Infektionszahlen, der zum Erlass der Sechsten Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Änderung der Sächsischen Corona-Notfall-Verordnung vom 2. Februar 2022 führte, wurde auf die Omikron-Variante zurückgeführt. Es fanden unter grundsätzlicher Fortführung der bestehenden Schutzmaßnahmen verschiedene Anpassungen statt, so u. a. eine nach Zugangsvoraussetzungen gestufte Öffnung von Kultur- und Freizeiteinrichtungen entsprechend dem Infektionsrisiko, der kulturellen Bedeutung und der Krankenhausauslastung mit Ausnahme von Diskotheken, Clubs und Bars.

- 38 Aus den von der Antragstellerin zur Sachdienlichkeit der Antragsänderung benannten Entscheidungen des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts (Beschl. v. 25. November 2021 - 13 KN 132/20 - und - 13 KN 389/20 -, jeweils juris Rn. 18) ergibt sich nichts Gegenteiliges. Soweit darin die Sachdienlichkeit thematisiert wird, handelt es sich nicht um vergleichbare Sachverhaltskonstellationen der Antragsänderung durch Einbeziehung einer weiteren, während eines späteren Zeitraums geltenden Verordnung. Vielmehr ging es in den vom Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht entschiedenen Fällen um eine Antragsänderung, mit der anstelle der zunächst begehrten Unwirksamkeitserklärung einer Ordnungsregelung nach deren Außerkrafttreten

nunmehr die Feststellung der Unwirksamkeit der außer Kraft getretenen Verordnungsregelung beantragt wurde.

- 39 Soweit die Antragstellerin zuletzt darauf abgestellt hat, dass die Wirksamkeit und ordnungsgemäße Verkündung der Sächsischen Corona-Notfall-Verordnung vom 19. November 2021 ohnehin im Rahmen der Zulässigkeit des Normenkontrollantrags der Antragstellerin gegen einzelne Bestimmungen der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung zu prüfen sei und insoweit kein zusätzlicher Prüfungsaufwand entstehe, greift dieser Einwand nicht durch. Denn im Rahmen der Prüfung der Zulässigkeit des ursprünglichen Normenkontrollantrags gegen die Sächsische Corona-Schutz-Verordnung vom 5. November 2021 kommt es auf die Verkündung der Sächsischen Corona-Notfall-Verordnung vom 19. November 2021 an. Mit der Antragserweiterung begehrt die Antragstellerin allerdings eine Überprüfung der Sächsischen Corona-Notfall-Verordnung vom 19. November 2021 in der Fassung der Sechsten Änderungsverordnung vom 2. Februar 2022. Es handelt sich also um eine erst während eines wesentlich späteren Zeitraumes, nämlich ab dem 6. Februar 2022 geltende Verordnung. Für die materielle Prüfung dieser Verordnung sind demnach die zu diesem Zeitpunkt gegebenen tatsächlichen Verhältnisse im Hinblick auf das Infektionsgeschehen neu zu erheben, was wegen des damit verbundenen Mehraufwandes und des für die Sachdienlichkeit wesentlichen Gesichtspunkts der Prozessökonomie der Sachdienlichkeit entgegensteht.
- 40 Etwas anderes ergibt sich im Übrigen auch nicht aus dem Einwand der Antragstellerin zu den aus ihrer Sicht doppelrelevanten Tatsachen im Hinblick auf „die Prüfung der medizinisch-epidemiologischen Annahmen der Erzählung von der ‚schlimmsten Killer-virus-Pandemie aller Zeiten‘“, die jede Corona-Verordnung zu Fall bringen würde. Denn relevant im Zusammenhang mit dem Erlass der Verordnungen war in diesem Zusammenhang die Infektionslage, wie sie sich dem Antragsgegner unter Rückgriff auf die Veröffentlichungen und Statistiken des Robert Koch-Instituts zum damaligen Zeitpunkt darstellte. Ob die dementsprechend von ihm seinen Verordnungen zugrunde gelegte Infektionslage auch tatsächlich bestand, ist demgegenüber eine Frage der Begründetheit, auf deren Prüfung es nach den obigen Ausführungen im Hinblick auf die Sächsische Corona-Notfall-Verordnung vom 19. November 2021 in der Fassung vom 2. Februar 2022 nicht mehr ankommt.

- 41 Schließlich war der Senat auch nicht verpflichtet, den mit Schriftsatz vom 16. Februar 2022 zusätzlich geltend gemachten Streitgegenstand abzutrennen und das Verfahren unter eigenständigem Aktenzeichen fortzuführen. Denn mit der vom Senat getroffenen Entscheidung zur fehlenden Sachdienlichkeit und der damit fehlenden Voraussetzungen für eine zulässige Klageerweiterung gemäß § 91 VwGO entfällt die Rechtshängigkeit des nachträglich anhängig gemachten Streitgegenstandes rückwirkend. Eine Abtrennung gemäß § 93 Abs. 2 VwGO käme dagegen nur in Betracht, wenn der weitere Antrag im Wege objektiver Klagehäufung gemäß § 44 VwGO noch rechtshängig ist, etwa weil er zugleich mit dem primär verfolgten Begehren bereits bei Klageerhebung oder Antragstellung und nicht wie durch die Antragstellerin erst nachträglich mittels Antragserweiterung nach § 91 VwGO gestellt wurde (VGH BW, Beschl. v. 6. September 2022 - 10 S 3406/21 -, juris Rn. 8 m. w. N.; SächsOVG, Beschl. v. 27. Juni 2014 - 5 B 570/13 -, juris Rn.13; BayVGH, Urt. v. 18. Juli 2001 - 8 B 00/1298 -, juris Rn. 70; SächsOVG, Urt. v. 25. Januar 2024 - 3 C 17/21 - Rn. 28 m. w. N., n. v.; BVerwG, Urt. v. 31. August 2022 - 6 A 9/20 -, juris Rn. 30; Wöckel, in: Eyermann, VwGO, 16. Aufl. 2022, § 91 Rn. 39; Wolff/Decker, in: Posser/Dies., BeckOK VwGO, 67. Ed., Stand: 1. Oktober 2023, § 91 Rn. 40.1 m. w. N.).
- 42 Die Kostenentscheidung bleibt dem Schlussurteil vorbehalten.
- 43 Die Revision gegen dieses Teilurteil ist nicht zuzulassen, weil die Voraussetzungen hierfür nach § 132 Abs. 2 VwGO nicht vorliegen.

Rechtsmittelbelehrung

Die Nichtzulassung der Revision kann durch Beschwerde angefochten werden.

Die Beschwerde ist beim Sächsischen Obergerverwaltungsgericht, Ortenburg 9, 02625 Bautzen, innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Urteils schriftlich einzulegen. Die Beschwerde muss das angefochtene Urteil bezeichnen. Die Beschwerde ist innerhalb von zwei Monaten nach Zustellung dieses Urteils zu begründen. Die Begründung ist bei dem oben genannten Gericht schriftlich einzureichen.

Die Schriftform ist auch bei Übermittlung als elektronisches Dokument nach Maßgabe des § 55a der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) sowie der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung – ERVV) vom 24. November 2017 (BGBl. I 3803), die durch Artikel 6 des Gesetzes vom 5. Oktober 2021 (BGBl. I S. 4607, 4611) zuletzt geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung gewahrt. Verpflichtet zur Übermittlung als elektronisches Dokument in diesem Sinne sind ab 1. Januar 2022 nach Maßgabe des § 55d VwGO

Rechtsanwälte, Behörden und juristische Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse; ebenso die nach der Verwaltungsgerichtsordnung vertretungsberechtigten Personen, für die ein sicherer Übermittlungsweg nach § 55a Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 VwGO zur Verfügung steht. Ist eine Übermittlung aus technischen Gründen vorübergehend nicht möglich, bleibt die Übermittlung nach den allgemeinen Vorschriften zulässig. Die vorübergehende Unmöglichkeit ist bei der Ersatzeinreichung oder unverzüglich danach glaubhaft zu machen; auf Anforderung ist ein elektronisches Dokument nachzureichen.

In der Begründung der Beschwerde muss die grundsätzliche Bedeutung der Rechtsache dargelegt oder die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts, des Gemeinsamen Senats der Obersten Gerichtshöfe des Bundes oder des Bundesverfassungsgerichts, von der das Urteil abweicht, oder der Verfahrensmangel bezeichnet werden. In Rechtstreitigkeiten aus dem Beamtenverhältnis und Disziplinarrecht kann auch die Abweichung des Urteils von einer Entscheidung eines anderen Oberverwaltungsgerichts vorgetragen werden, wenn es auf diese Abweichung beruht, solange eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in der Rechtsfrage nicht ergangen ist.

Für das Beschwerdeverfahren besteht Vertretungszwang; dies gilt auch für die Einlegung der Beschwerde und für die Begründung. Danach muss sich jeder Beteiligte durch einen Rechtsanwalt oder einen Rechtslehrer an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule eines Mitgliedstaates der Europäischen Union, eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz, der die Befähigung zum Richteramt besitzt, als Bevollmächtigten vertreten lassen.

In Angelegenheiten, die ein gegenwärtiges oder früheres Beamten-, Richter-, Wehrpflicht-, Wehrdienst- oder Zivildienstverhältnis oder die Entstehung eines solchen Verhältnisses betreffen, in Personalvertretungsangelegenheiten und in Angelegenheiten, die in einem Zusammenhang mit einem gegenwärtigen oder früheren Arbeitsverhältnis von Arbeitnehmern im Sinne des § 5 des Arbeitsgerichtsgesetzes stehen, einschließlich Prüfungsangelegenheiten, sind auch Gewerkschaften und Vereinigungen von Arbeitgebern sowie Zusammenschlüsse solcher Verbände für ihre Mitglieder oder für andere Verbände oder Zusammenschlüsse mit vergleichbarer Ausrichtung und deren Mitglieder vertretungsbefugt. Vertretungsbefugt sind auch juristische Personen, deren Anteile sämtlich im wirtschaftlichen Eigentum einer dieser Organisationen stehen, wenn die juristische Person ausschließlich die Rechtsberatung und Prozessvertretung dieser Organisation und ihrer Mitglieder oder anderer Verbände oder Zusammenschlüsse mit vergleichbarer Ausrichtung und deren Mitglieder entsprechend deren Satzung durchführt, und wenn die Organisation für die Tätigkeit der Bevollmächtigten haftet. Diese Bevollmächtigten müssen durch Personen mit der Befähigung zum Richteramt handeln.

Behörden und juristische Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse können sich durch eigene Beschäftigte mit Befähigung zum Richteramt oder durch Beschäftigte mit Befähigung zum Richteramt anderer Behörden oder juristischer Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse vertreten lassen.

Ein Beteiligter, der zur Vertretung berechtigt ist, kann sich selbst vertreten.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Die Übereinstimmung der elektronischen Abschrift mit der Urschrift wird durch qualifizierte elektronische Signatur beglaubigt.

Bautzen, den 27.02.2024

Sächsisches Oberverwaltungsgericht



Justizbeschäftigte